



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

**Bayerische Lebensmittel sind mehr wert – Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel zum Schutz der mittelständischen Strukturen dauerhaft verhindern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Entfristung des § 20 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) einzusetzen, um dieses Instrument auf Dauer gegen Lebensmitteldumping im Lebensmitteleinzelhandel zu sichern.

Darüber hinaus soll im Ausschuss schriftlich und mündlich über die Möglichkeiten einer Optimierung der gesetzlichen Regelungen im Bereich des GWB berichtet werden, um dem Gesetzgeber eine effektive Handhabe gegen die anhaltenden ruinösen Preise zu geben.

Ferner zeigt sich der Landtag besorgt über die steigende Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels, welche die Verhandlungsposition der Erzeuger zunehmend schwächt.

### Begründung:

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen regelt in § 20 das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreisen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung plante bereits 2012 eine Abschaffung dieser Regelung, was in der vergangenen Legislaturperiode durch die SPD-Landtagsfraktion mit Antrag vom 19. September 2011 („Bayerns Bauern vor Ramschpreisen schützen“ auf Drs. 16/9607) aufgegriffen wurde. Auch in der aktuellen Legislaturperiode wurde mit dem Antrag „Das Verramschen unserer Lebensmittel stoppen – Novellierung des § 20 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen prüfen“ (Drs. 17/7081) versucht, dieses wichtige Instrument auf Dauer zu erhalten.

Zweifellos reichen angesichts des anhaltenden ruinösen Preiskampfs im Markt für Lebensmittel die vorhandenen gesetzlichen Regelungen nicht aus. Ein Bericht über die Optimierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Ausschuss ist notwendig, um Instrumente zum Erhalt unserer mittelständischen Strukturen zu schaffen.

Die Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels schreitet zusehends voran, was die Verhandlungsmacht der bayerischen Erzeugerinnen und Erzeuger weiter schwächt. Dies betrachten alle Fraktionen im Landtag mit Sorge. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu grotesk, dass sich die bayerische Wirtschaftsministerin vehement für eine Fusion von EDEKA und Tengelmann einsetzt, obwohl diese von Seiten der Gewerkschaft und der Bauernverbände als kontraproduktiv gewertet wird.